

Vorbemerkung

Ich spreche hier als Praktikerin und aus der Sicht der Praxis eines kommunalen Amtes, das die Aufgabe hat, an der Schnittstelle von Verwaltung und Öffentlichkeit Prozesse der Veränderung in einer durch Zuwanderung geprägten Kommune zu koordinieren und zu moderieren.

Demographische Veränderungen durch Zuwanderung

Wie alle Großstädte der Bundesrepublik Deutschland unterliegt auch Frankfurt am Main aufgrund der Zuwanderung der letzten Jahrzehnte einem tiefgreifenden demographischen Wandel.

Noch immer ist Frankfurt am Main die deutsche Großstadt mit dem höchsten Ausländeranteil. Ca. 25,7% der Einwohner (Stand: 31.12.2003)¹ haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Ca. 20.000 Menschen wurden in den letzten Jahren eingebürgert. Jährlich kommen ca. 4000 Einbürgerungen hinzu. Ende 2003 hatten rund 44.000 Frankfurterinnen und Frankfurter neben der deutschen eine zweite ausländische Staatsbürgerschaft, das entspricht 7%². Ein gutes Drittel (34%) der Frankfurter Bevölkerung weist nach dem derzeitigen statistischen Kenntnisstand damit einen Migrationshintergrund auf. In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind Eingebürgerte und Aussiedlerinnen und Aussiedler, die in der Statistik als Deutsche gezählt werden.

Schätzungsweise haben in Frankfurt am Main inzwischen über 40% der Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund.

Wie stark Prozesse der ethnischen Pluralisierung und der religiösen Vielfalt fortschreiten, zeigt ein Blick auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in Frankfurt. Eine kürzlich veröffentlichte repräsentative Befragung von Kindern im Alter zwischen neun und vierzehn Jahren ergab, dass 60% der befragten Kinder einen sog. Migrationshintergrund haben, d.h., entweder sie selber, ihre Eltern oder ihre Großeltern sind im Ausland geboren. Einen Hinweis auf die religiöse Pluralisierung gibt eine Statistik, die die Religionszugehörigkeit von Grundschulern erfasst. (Zahlen) Die Vielfalt der Frankfurter Bevölkerung spiegelt sich auch in den inzwischen mehr als 140 religiösen Zuwanderergemeinden, darunter 32 Gemeinden islamischen Glaubens ganz verschiedener Richtungen.

Die Zuwanderer aus derzeit ca. 175 Herkunftsländern unterscheiden sich nicht nur nach Herkunft und Religion, sondern auch durch ihren sozialen Hintergrund und ihre Lebensbedingungen. (30% kommen aus Industriestaaten. Sie haben, ebenso wie viele Einwanderer der sog. zweiten und dritten Generation, eine höhere Bildung und sind in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beschäftigt. Viele der Einwandererfamilien, die in den 60er und 70er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland kamen, sind stark vom Strukturwandel im Beschäftigungssektor betroffen. In Frankfurt hat sich die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe zwischen 1990 und 2001 um 50% verringert.) 41,6%³ der Ehen werden

¹ Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004

² Magistratsbericht B 106 vom 31.01.2005, Aussagekräftige Statistiken: Menschen mit Migrationshintergrund

³ Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004

zwischen gemischt-nationalen Partnern geschlossen, mit steigender Tendenz, 31,7% beträgt der Anteil der Ehen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Auch dies ist ein Hinweis auf den stark fortschreitenden Prozeß ethnischer Vielfalt.

Integration in der Kommune

Integrationspolitik ist damit zu einer vorrangigen gesamtstädtischen Aufgabe geworden, die alle Bürgerinnen und Bürger betrifft. Integration ist mehr als Ausländer- oder Minderheitenpolitik, auch mehr als Sozialpolitik und Eingliederungshilfe, Integrationspolitik ist unter gegenwärtigen Bedingungen Gesellschaftspolitik

Mehr denn je ist es unter den Bedingungen der Internationalisierung, der Zunahme transnationalen Wanderung nicht zuletzt im Kontext der EU-Integration erforderlich, Integration als strategisches Ziel im kommunalen Aufgabenkatalog zu verankern und zu steuern, z.B. über Strukturen, die in der Stadt Frankfurt am Main geschaffen wurden: Dezernat, Amt, Stadtverordneten Ausschuss, KAV, Magistratskommission, Berichterstattung etc

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Integration setzen Bund und Länder, Erfolg oder Mißerfolg von Integrationspolitik entscheiden sich jedoch vor Ort in den Kommunen.

Der Handlungsrahmen kommunaler Integrationsförderung ist geprägt durch Praxisnähe, durch Orientierung am Handlungsbedarf, durch Potentiale und Konflikte, die sich im Zusammenleben der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ergeben. Kommunale Integrationsförderung in Frankfurt kann auf langjährige Erfahrung zurückblicken. Bereits erzielte Integrationsfortschritte, vorhandene Konzepte, interkulturelle Kontakte und Erfahrungen in der Bevölkerung, langjährige Aktivitäten und Erfahrungen von Akteuren der Integrationsarbeit und die **Potentiale der Migranten und ihrer Organisationen** bieten wichtige Ressourcen für die Entwicklung und Weiterentwicklung von Konzepten und Handlungsstrategien auch auf den Ebenen der Länder und des Bundes. Erfolgreiche kommunale Integrationsprogramme insbesondere aus Großstädten mit langjähriger Erfahrung in der Integrationsarbeit geben häufig klare Hinweise, wie Integrationsförderung effizient und zielgenau gestaltet werden kann.

In der Praxis des Zusammenspiels zwischen Kommune, Ländern und Bund werden derzeit diese Erfahrungen und Potentiale der großstädtischen Kommunen bedauerlicherweise eher selten genutzt. Hier wäre ein Umdenken überaus wünschenswert.

Migration und Integration sind kein Kompaktereignis, was die Formulierung „soziale Integration in die Gesellschaft“ suggerieren könnte, Migration und soziale Teilhabe realisieren sich, bzw. gelingen oder misslingen kontextgebunden und auf je verschiedene Weise und mit unterschiedlichen Ergebnissen und Problemen, nämlich sprachlich, ökonomisch, rechtlich, politisch, schulisch etc.

In diesem Sinn betreffen Integrationsprozesse von Migranten immer auch Fragen des Wandels der sozialen Struktur von Organisationen und Funktionsbereichen, z. B. der Schulen, Hochschulen, Gesundheitseinrichtungen, religiösen Gemeinden, Verwaltung, Unternehmen, Vereine und Selbstorganisationen.

Dies soll noch einmal deutlich machen, dass es sich um einen komplexen Zusammenhang handelt, der gleichermaßen die Institutionen des Aufnahmelandes verändert. (Dies erfordert ggf. Begleitung und Schulung.)

Ich werde im Folgenden den Handlungs- und Interventionsbereich **Zusammenarbeit mit Organisationen der Einwanderer – Beratung, Förderung, Fortbildung, Einbindung in Maßnahmen und Projekte der Stadt Frankfurt am Main** näher beleuchten.

Dies möchte ich auf dem Hintergrund der Thesen zur politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation von Migranten von Uwe Hunger tun. Hunger diskutiert Integration aus demokratietheoretischer Sicht, nicht als Eingliederungsprozeß in Systeme und definiert Integration als durch die Grenze zwischen privater Angelegenheit und öffentlichem Interesse bestimmt. (Sein Zentralbegriff: politische Öffentlichkeit und die damit verbundene Unterscheidung zwischen öffentlich und privat. Was Privatsache ist und wo das öffentliche Interesse tangiert wird, bestimmt vor allem die inländische Öffentlichkeit. Dieser Grenzverlauf ist nicht fix, sondern wird immer wieder neu ausgehandelt. Auch bei alltäglichen Auseinandersetzungen wird auf diese Unterscheidung implizit oder explizit Bezug genommen. (Deutsch auf dem Schulhof, Kopftuchstreit)

In Vereinen entwickeln Migranten ihre eigenen Vorstellungen von Integration, d.h. darüber, was privat und was öffentlich geregelt werden sollte. (Beispiel: griechische und spanische Vereine und ihre Konzepte in Bezug auf die Schulpolitik)

Ich möchte Ihr Augenmerk insbesondere auf seine letzte These, die Wechselwirkung zwischen inländischer und ethnischer Öffentlichkeit, lenken.

Je kleiner der öffentliche Bereich einer Gesellschaft, der Einwanderern offensteht, so Hunger, desto einflussreicher ist die „ethnische Öffentlichkeit“. Als Beispiele führt er liberale Wohlfahrtsstaaten wie die USA und stark ausgebaute Wohlfahrtsstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland an. Gruppenkohäsion und Organisationsgrad von Migranten sind in liberalen Demokratien meist deutlich höher. Deutlich wird dies z.B. im Bereich des Wohnungsmarktes, wo es in den USA stark segregierte Wohnviertel gibt (China towns, little Indias etc.). Eine vergleichsweise schwache Tendenz zur (Wohn-)Segregation wird dagegen in Deutschland sehr kritisch gesehen, in Amerika gehört dies zur Realität und keiner erwartet eine Änderung.

Durch eine stärkere Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland und eine damit einhergehende Einschränkung des öffentlichen Einflussbereichs könnte eine Segregation und damit auch die Bedeutung der ethnischen Öffentlichkeit künftig zunehmen.

Ein interessantes Beispiel sind in diesem Zusammenhang die neuen Arbeitslosen- und Sozialhilferegulungen in Verbindung mit den Hartz-Gesetzen, nach denen öffentliche Gelder erst gezahlt werden, wenn private Ressourcen der Kernfamilie nicht zur Verfügung stehen. Eine Privatisierung im Bereich der Sozialpolitik hat damit auch Auswirkungen auf die Integration von Migranten. Einerseits Entschärfung von Integrationsthemen durch Privatisierung, andererseits weniger Einfluss auf das Verhalten der Einwanderer. In dieser Perspektive könnten nach Hungers Ansicht Migrantenorganisationen im Hinblick auf Integrationsfragen in eine deutlich wichtigere Rolle hineinwachsen. Eine mögliche Lösung dieses latenten Konflikts zwischen inländischer und ethnischer Öffentlichkeit sieht Hunger in der Öffnung des Staatsbürgerschaftsrechts. Dies könnte Anreize schaffen, stärker an der inländischen Öffentlichkeit zu partizipieren und die zentralen Institutionen der inländischen Öffentlichkeit (Medien, Parteien) motivieren, die Interessen der Einwanderer zu berücksichtigen.

Vielleicht lassen sich zwischen segregativer ethnischer Öffentlichkeit und Einbürgerung ja Zwischenetappen ausmachen, die jenseits rigoroser Entweder-Oder-Lösungen liegen.

Das würde ich gern, nachdem ich Ihnen einige Beobachtungen und Erfahrungen aus der Praxis beschrieben habe, gerne mit Ihnen diskutieren.

In 2004 und 2005 hat das Amt für multikulturelle Angelegenheiten die Beratung von Migrantenvereinen und –organisationen aufgrund von Nachfragen und Neugründungen von Vereinen deutlich verstärkt.

Das Amt ist im ständigen Kontakt mit über 200 ethnischen Gruppen und Organisationen und bietet Vereinen Unterstützung und Beratung bei der Vereinsgründung und der Veranstaltungsplanung, aber auch Qualifizierung und Fortbildung u.a. in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Fachhochschule an. Die Entwicklung dieses Arbeitsbereichs ist hoch dynamisch. Die seit der Gründung des Amtes kontinuierliche Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen hat einerseits eine solide Vertrauensbasis hergestellt, auf der Vermittlung und Unterstützung selbstverständlich abgerufen werden, andererseits zeigt sich in den verstärkten Vereinsaktivitäten aber auch ein gewachsenes Selbstbewußtsein der Einwanderer, die beanspruchen für sich selbst zu sprechen und zu handeln. Jedenfalls ist hier ein Prozeß zu beobachten, der neu zu bewerten ist. Dies gilt sowohl für die inzwischen fast 30 Vereine, die für ihre Kinder am Wochenende ehrenamtlich herkunftssprachlichen Unterricht organisieren als auch für die Organisationen und Multiplikatoren aus Vereinen, die in zahlreiche Projekte und Initiativen des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten als operative Partner eingebunden sind (Sprach- und Orientierungskurse, Ältere Migranten, Gesundheitsprävention, Gesundheitsberatung für afrikanische Familien im Stadtgesundheitsamt, Elternarbeit etc.).

Bei ethnischen Organisationen wird häufig die Frage diskutiert, ob sie eher als Katalysator für Segregation oder Integration fungieren. Diese Frage wird in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. Die empirischen Befunde in Frankfurt, scheinen die Segregationsthese eher nicht zu bestätigen. Die differenzierte Struktur der Vereinsbildung (Sport, Familie und Erziehung, Freizeit, Kultur etc.) scheint der Ausrichtung der Migranten an den differenzierten Strukturen der Zuwanderungsgesellschaft geschuldet zu sein und könnte damit als Zeichen der sozialen Integration gedeutet werden. Dies entspricht auch historischen Erfahrungen und Erfahrungen anderer Einwanderungsländer.

Insofern plädiere ich dafür, den Integrationsprozeß durch Einbindung der Vereine in die Regelstrukturen zu intensivieren und sie im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Dies kann zugleich als wichtiger Teil notwendiger Anerkennungskultur verstanden werden.

Folgende Rahmenbedingungen wirken sich offenbar günstig auf die Arbeit mit Vereinen und Initiativen aus:

- die systematische Beratung und (finanzielle) Förderung von ca. 150 Migrantenvereinen durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, die Fortbildung von Akteuren u.a. in Kooperation mit der Fachhochschule Frankfurt, ein Budget von 120 000 € jährlich für die projektbezogene Förderung von Vereinen seit Gründung des Amtes 1989
- die Förderung von ethnischen Vereinen durch das Sportamt, das Amt für Wissenschaft und Kunst im Rahmen der Regelförderung

- die städtische Förderung von herkunftssprachlichem Unterricht, der von Zuwandererorganisationen im Rahmen ihrer Vereinsarbeit durchgeführt wird in nicht im schulischem Rahmen angebotenen Sprachen (z. B. Urdu, Farsi, Kurdisch, Chinesisch etc.) durch das Schulamt und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Die Unterstützung umfasst Logistik, Fortbildung und Beratung und Finanzen.
- eine lange Tradition multikultureller Veranstaltungen und Feste im Rahmen der Tage der offenen Tür im Zentrum der Stadt, wo sich bis zu 100 Vereine präsentieren
- seit 2003 eine nichtkommerzielle Parade der Kulturen (Beteiligung der Schulen, der Vereine, auch klassische Frankfurter Vereine) und in diesem Rahmen ein Fest und Vereinspräsentation
- der Integrationspreis des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main, dotiert mit 15.000 €, für herausragende Leistungen von Vereinen und Einzelpersonen, der jährlich durch die Oberbürgermeisterin im Kaisersaal des Römers vergeben wird
- Empfänge des Magistrats im Kaisersaal für Migrantenvereine, die ein besonderes Jubiläum feiern
- Übernahme von Schirmherrschaften durch die Oberbürgermeisterin bei Festen der Vereine und Grußworte in den Festschriften
- zahlreiche Besuche des Dezernenten für Integration und der Amtsleitung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten bei feierlichen Anlässen von Vereinen und religiösen Gemeinden
- langjährige Vermittlungstätigkeit des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten zwischen der „klassischen“ Verwaltung und Einwandererorganisationen (islamische Bestattung, Schächten, Ansiedlung und Bau von religiösen Zentren)
- Vermittlung von Vereinsräumen durch das Liegenschaftsamt
- Sonderkonditionen für die Anmietung von Räumen für Vereine bei der städtischen Saalbau GmbH

Die Stadt Frankfurt am Main ist für die Mehrzahl der Migrantenvereine und –organisationen ein natürlicher Gesprächspartner und wichtige erste Anlaufstelle. Dies ist u.a. das Ergebnis eines geduldigen und langjährigen Dialogs und unermüdlicher Informations- und Überzeugungsarbeit durch z.B. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten.

Im Folgenden möchte ich zwei Beispiele für die Einbindung von Vereinen bzw. Vereinsmitgliedern in operative Projekte und Aufgaben skizzieren:

1. Ausbildungsorientierte Elternarbeit – AOE

Aufbau eines Netzwerks von Multiplikatoren zur Information über das hessischen Schul- und Berufsbildungswesen von Eltern mit Migrationsintergrund
Dies fördert die Kommunikation über Schule und Ausbildungsfragen in den Familien und unterstützt und stabilisiert die Kinder und Jugendlichen durch Einbindung ihrer Eltern in den Prozess der schulischen Bildung, Berufsorientierung und Ausbildung.

Die mehrsprachigen Gesprächsleiter/-innen mit denen das Amt in diesem Projekt zusammenarbeitet, sind Mitglieder in Migrantenvereinen oder Herkunftssprachenlehrer. Sie organisieren im Auftrag des Amtes

Informationsveranstaltungen und Beratung für Eltern in den jeweiligen Herkunftssprachen Die Elternveranstaltungen werden in 17 Sprachen durchgeführt.

Wie machen wir das?

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten bietet dazu eine 12-teilige Schulungsreihe zu Fragen schulischer und beruflicher Ausbildung an. Den in dem Projekt mitarbeitenden Gesprächsleiter/-innen wird projektbegleitend Fortbildung und Beratung angeboten sowie die Teilnahme an einer Arbeitsgruppe zum Austausch von Erfahrungen in der Elternarbeit angeboten.

Die projektbegleitende Fortbildung befasst sich u.a. mit folgenden Themen: Identitätstheorien am Beispiel der Identitätsbildung jugendlicher Migranten, Lernhilfe über das Jugendamt, Sonderschulen und Rücküberweisung an die Regelschulen, Hyperaktivität, Legasthenie, Erziehung zu Mehrsprachigkeit, Berufsberatung, Elternrecht/Elternvertretung, Methoden der Gesprächsführung, Vollzeitschulpflicht/Teilzeitschulpflicht, wenn der Hauptschulabschluss fehlt, Schuldnerberatung, geschlechtsspezifische Berufsentscheidung, Generationskonflikte, Erziehungsfragen, Erziehungshilfe, Bildungswege in Hessen, Hartz IV und Zuwanderungsgesetz und Auswirkungen auf Migrantenfamilien. Ein Workshop behandelt das Thema: Wie gestalte ich einen Elternabend?

Inzwischen wurden vier Informationsfilme zu den Themen Schule und Ausbildung in sieben Sprachen produziert. Sie werden als didaktisches Mittel in den Elternveranstaltungen eingesetzt und sind ein Produkt der Gesprächsleiter, die die Texte und Übersetzungen erstellt und Rollen in den Filmen übernommen haben.

Wie sinnvoll und notwendig das Projekt ist, zeigen die Erfahrungen mit den Eltern:

Vielen fehlt es an grundlegenden Informationen über das Schul- und Berufsbildungswesen und an Strukturkenntnissen.

- In den Herkunftsländern dieser Eltern gibt es meist ein eingliedriges Schulsystem, sehr häufig wird deshalb das hiesige Schulsystem nicht durchschaut.
- Elternrechte sind weitgehend nicht bekannt.
- Es ist weitgehend unbekannt, was in der Schule gelernt wird und was die Noten aussagen.
- Die Wichtigkeit von Schulabschlüssen für Beruf und Studium ist häufig nicht bekannt, ebenso die Vielfalt der Ausbildungsberufe.
- Die Eltern wissen oft nicht, an wen sie sich wenden können, wenn ihr Kind Nachhilfeunterricht benötigt oder sie Hilfe in Erziehungsfragen suchen.
- Ein Teil der Eltern hat kaum oder gar keinen Kontakt zur Schule. Gerade auch diese Eltern sollen über Migrantenvereine erreicht werden.

Besonders aufgeschlossen für Information und Beratung in Bildungsfragen sind Eltern nach unseren Erfahrungen:

- nach der Einreise,
- nach der Aufforderung zum Sprachtest der Kinder und zur Einschulung,
- vor der Entscheidung für eine weiterführende Schule nach dem 4. Schuljahr,
- in der Berufsorientierungsphase in den letzten Schuljahren,
- in Konfliktfällen

Das AOE-Projekt ist ein Projekt im Wandel, es startete 1997 in Zusammenarbeit mit zwei Migrantenvereinen. Inzwischen ist ein Netzwerk von fast 60 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Mitgliedern von Vereinen und Herkunftssprachenlehrern entstanden. Die Arbeit der Gesprächsleiter/-innen wird honoriert.

2. Interkulturelle Rentenberatung

Auch hier haben wir versucht, vorhandene Aktivitäten von Akteuren aus Vereinen und Gemeinden zu bündeln und mit den Regelstrukturen in Verbindung zu bringen. Daraus ist inzwischen ein wirksames Instrument zur interkulturellen Öffnung des städtischen Versicherungsamts und der Deutschen Rentenversicherung Hessen geworden.

Ausgangslage:

Während die Migrationssozialdienste über einen hohen Bekanntheitsgrad und hohe Akzeptanz verfügen, gibt es zu den Regeleinrichtungen der Altenhilfe kaum Berührungspunkte. Durch die interkulturelle Öffnung von Regeleinrichtungen sowie die Bereitstellung von herkunftssprachlichen Informationen in den Ämtern und Behörden lassen sich sprachliche Zugangs- und Nutzungsprobleme entschärfen, durch Vernetzung der Migrationsdienste mit den Regeleinrichtungen der Altenhilfe lässt sich der Zugang zu den Altenhilfeangeboten strukturell verbessern.

Ein Schritt zur Verbesserung der Beratung, verbunden mit strukturellen Veränderungen und Qualifizierungsmaßnahmen, ist das Projekt Interkulturelle Rentenberatung in Zusammenarbeit mit der Landesversicherungsanstalt (LVA) Hessen, heute Deutsche Rentenversicherung Hessen, dem Versicherungsamt der Stadt Frankfurt am Main sowie Migrantenvereinen und religiösen Gemeinden. Das Beratungsangebot richtet sich überwiegend an vor dem Rentenalter stehende Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern.

(Die Besucherstatistik der Landesversicherungsanstalt (LVA) Hessen, Auskunfts- und Beratungsstelle Frankfurt am Main, bestätigt einen hohen Beratungsbedarf der ausländischen Bevölkerung. Der Anteil ausländischer Ratsuchender an den Gesamtberatungen bewegt sich zwischen 45% und 50%. Bereits eingebürgerte Personen sind hierbei nicht berücksichtigt.

Auch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten wird zunehmend von ausländischen Ratsuchenden in Rentenfragen aufgesucht, die bedingt durch Sprach- und Verständigungsprobleme große Schwierigkeiten bei der vollständigen Vorlage aller benötigten Rentenantragunterlagen haben.)

Folgende Schritte in Richtung einer nachhaltigen Struktur wurden gemacht:

Vertreter der Frankfurter Migrantenvereine und Gemeinden, die ehrenamtlich muttersprachliche Information, Beratung und Hilfe in Rentenfragen leisten, werden durch die Landesversicherungsanstalt (LVA) regelmäßig geschult. Vertreten sind folgende Muttersprachen: Arabisch, Bosnisch, Berberisch, Englisch, Eritreisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Mazedonisch, Serbisch, Slowenisch, Spanisch und Türkisch.

Das Versicherungsamt hat als zusätzliche Dienstleistung der Stadt Frankfurt für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger bei der Rentenantragstellung im Frühjahr 2004 umstrukturiert und drei seiner Mitarbeiter/-innen für die Bearbeitung von Rentenanträgen der älteren Migrantinnen und Migranten abgestellt.

Diese Strukturen entstehen nicht von selbst, sondern bedürfen professioneller Initiatoren und Verantwortlicher, die den Dialog und die Zusammenarbeit moderieren und voranbringen.

Um die Vernetzung zwischen dem Versicherungsamt, der LVA und den Migrantenorganisationen herzustellen, wurden Informationsveranstaltungen für die Teilnehmer der Schulungen durchgeführt. Im direkten Gespräch mit den Mitarbeitern des Versicherungsamtes und der LVA lernten sie die Institutionen und ihre Aufgaben kennen.

Die für die Rentenanträge von älteren Migrantinnen und Migranten zuständigen Berater der LVA Hessen sowie des Versicherungsamtes stehen den herkunftssprachlichen Helferinnen und Helfern als Kontaktpersonen zur Verfügung. Andererseits ziehen bei Verständigungsschwierigkeiten mit den Rentenantragstellern die Rentenberater der LVA Hessen und des Versicherungsamtes herkunftssprachliche Vermittlerinnen und Vermittler hinzu.

Diese Verfahrensweise hat sich bewährt. Das Angebot wird zwischenzeitlich in großem Umfang genutzt.

Die LVA Hessen, das Versicherungsamt und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten haben darüber hinaus schriftliche Informationen zu den Dienstleistungen der Institutionen mit wichtigen Adressen und Hinweisen zur Rentenantragstellung in acht Sprachen verfasst.

Die Partner sind sich über die Notwendigkeit der Fortsetzung des Projektes einig und haben bereits weitere Schulungen geplant.

Darüber hinaus ist deutlich geworden, dass ein enormer Informationsbedarf in den Bereichen Arbeitsmarktreformen und ältere Arbeitnehmer, Zuwanderungsgesetz und Integrationskurse besteht. Hierbei handelt es sich neben allgemeinen Fragestellungen vor allem um Probleme, die in besonderer Weise ältere Migranten betreffen. Um diesem Informationsbedarf zu entsprechen, wurde mit Schulungen und Informationsveranstaltungen unter Berücksichtigung der Situation älterer Migranten begonnen.

Die Anbaumöbel sind bereits in Arbeit:

Mach mit, Zeitschrift des Büro Aktiv für bürgerschaftliches Engagement
Aufsichtsrat und DGB

Die in acht Sprachen übersetzten Infoblätter werden an den hess.

Versicherungsämter zur Verfügung gestellt (Versicherungsamt ffm)

Neue, überregionale Gruppe, die geschult wird

Interkulturelle Trainings bei der Deutsch. Rentenversicherung etc.

Joint ventures zwischen deutschen und ethnischen Vereinen als Ergebnis des

Integrationspreises (Maisha und deutscher Turnverein)

Seckbacher Vereinsring